

FREIBURG

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
VORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

„Impulse der katholischen Soziallehre für die Politik“

16. Juni 2007

www.kas.de

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist mir eine Ehre, zum Abschluss der dreitägigen Tagung zur Aktualität des Denkens von Joseph Höffner zu Ihnen sprechen zu dürfen. So viel volkswirtschaftliche und sozialetische Sachkompetenz, wie sie Joseph Höffner selbst auszeichnete, kommt selten zusammen. Angemessener kann man des Gelehrten, der zugleich Priester, Bischof und Kardinal war, wohl kaum gedenken!

Ein Leben, wie das von Joseph Höffner, lässt sich in allen seinen vielen Facetten nur schwer in einem Symposium würdigen. Vor wenigen Wochen waren wir in Köln zu einer Veranstaltung eingeladen, bei der der Bischof und Kardinal im Mittelpunkt standen und bei dem ich – nach drei Bischöfen und einem Dompropst – als einziger Laie sprechen durfte.

Heute habe ich als wissenschaftlicher Laie das Wort – nach einer höchst beeindruckenden Zahl wissenschaftlicher Kapazitäten – und stehe vor der Schwierigkeit, dass es mir aufgrund meiner persönlichen Erinnerungen an Joseph Höffner nicht möglich ist, den ungewöhnlich wachen und luziden Professor vom Geistlichen und Seelsorger, den Wissenschaftler vom Gottesmann in herausgehobenen Ämtern und Funktionen zu trennen.

Nach meiner Erinnerung bin ich Joseph Höffner – damals Professor für Christliche Sozialwissenschaften in Münster – in den späten 50er Jahren im Sprechzimmer des Collegium Borromaeum zum ersten Mal begegnet. Und wäre um ein Haar sein Schüler geworden. Wir besprachen die Möglichkeit einer Promotion in einem Thema der Katholischen Soziallehre. Höffner machte auf mich

den Eindruck eines ungewöhnlich lebendigen, geistvollen Mannes. Mit zur Seite geneigtem Kopf antwortete er in vorsichtiger Bestimmtheit.

Dass Joseph Höffner 1962 Nachfolger des Münsteraner Bischofs Michael Keller wurde, hat mich überrascht, weil ich ihn damals vor allem als Gelehrten, als Wissenschaftler und als Schüler von Walter Eucken sah.

Aber es hat mich auch gefreut: Ein Sozialwissenschaftler, der sich in vielen Beraterkreisen der Bundesregierung zur Zeit der frühen Kanzlerschaft Konrad Adenauers hervorgetan hatte, musste ein Bischof sein, der der Welt und den Laien aufgeschlossen gegenüber stand. Ein Theologe, der Sozialwissenschaft betreibt, musste eine bedeutende Rolle in dem von Johannes XXIII. angekündigten Vatikanischen Konzil, das im Jahr seiner Bischofsweihe begann, spielen: „Macht die Fenster weit auf für Christus“ – lasst frische Luft herein! Das passte zu Höffner.

Seine Teilnahme am Zweiten Vatikanischen Konzil sei „das größte Ereignis seines Lebens“ gewesen, hat Höffner später gesagt. Nach dem Konzil hat er sich von der zunächst vorhandenen Euphorie nicht anstecken lassen. Die Verwirklichung des Konzils werde nicht einfach.

Nach dem Konzil „gehören Lehre und Wirksamkeit der Kirche im sozialen Bereich zu den Lebensäußerungen der Kirche“. Sie seien, so hatte Höffner bereits früher formuliert, von „erschütternder Bedeutung“ für die Kirche. Die Kirche dürfe „nicht mürrisch am Zaun der Welt stehen“. Ihre konkrete Gestaltung sei nicht Sache der kirchlichen Hierarchie, sondern sei in erster Linie eine

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

FREIBURG

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
VORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A. D.

16. Juni 2007

www.kas.de

Aufgabe, die „von christlichem Geist erfüllte Laien“ zu besorgen hätten.

Auch wenn der spannungsgeladene Essener Katholikentag von 1968 den eigentlichen Anstoß für die Würzburger Synode gab: Ohne das Konzil hätte es keine Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland gegeben, wäre das Weltverhältnis der Christen und der Kirche nicht neu formuliert worden.

Am Tag, an dem die Deutsche Bischofskonferenz die Durchführung der Synode beschloss – am 24. Februar 1969 – wurde Höffner in das Amt des Erzbischofs von Köln eingeführt. Höffner hat sich den Auftrag der Würzburger Synode zueigen gemacht, auch wenn er überzeugt war, dass sich das Modell der Demokratie nicht auf die Kirche anwenden lässt. „Über Wahrheiten kann man nicht abstimmen.“

Für mich ist Höffner ein Brückenbauer zwischen der katholischen Kirche und der sozialen, politischen und kulturellen Wirklichkeit. Ein einflussreicher Impulsgeber für Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften, der, fest verwurzelt im Glauben, verantwortlich an der Weltgestaltung mitwirkte – überzeugt von der Unantastbarkeit der Würde des Menschen, zum Besten des allgemeinen Wohls, unabhängig, in Gesprächsbereitschaft mit allen Menschen guten Willens.

Seine Beiträge hatten Gewicht, entfalteten nachhaltige Wirkung – nicht zuletzt, weil er über tief fundierte interdisziplinäre Kenntnisse verfügte und aus der Theorie Konsequenzen für die praktische Gestaltung der Gegenwart ableiten konnte.

1937 kommt Joseph Höffner, der an der Gregoriana in Rom geschulte Dr. phil. (1929) und Dr. theol. (1934), hierher nach Freiburg – nicht allein, um ein zweites Mal in Theologie zu promovieren (1939) und um sich zu habilitieren (1944). Er will Walter Eucken und die Freiburger Schule kennen lernen. Er legt ein Examen als Diplomvolkswirt (1938) ab und promoviert zum Dr. rer. pol. (1940).

Höffner wird Schüler von Walter Eucken und Constantin von Dietze – wird Schüler der Freiburger Schule, lernt die Vordenker der Sozialen Marktwirtschaft kennen, zwei evangelische Professoren, deren Nähe zur evangelischen Sozialethik ihm natürlich nicht unbekannt war. Der intensive, auch private Kontakt zu ihnen und zu ihren Familien lässt ihn die Spiritualität von evangelischen Gläubigen kennen und schätzen lernen. Durch seine historisch-systematischen Untersuchungen – schreibt Lothar Roos in seiner biographischen Skizze – entdeckt Höffner „eine geistige Verbindungslinie zwischen den frühen Ansätzen eines ‚Ordo-Denkens‘ in der Spätscholastik und der Ordnungstheorie des Freiburger Kreises um Walter Eucken.“

Die sich abzeichnende totale Katastrophe Deutschlands verlangte eine völlige Neubestimmung des gesamten staatlichen, gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens: Der biologische Materialismus, die nationalsozialistische Ideologie, der Rassenwahn waren furchtbar gescheitert, aber als Folge des Krieges galt es zugleich den ökonomischen Materialismus, den kämpferischen Kommunismus, dem in Europa in den späten 40er Jahren ein Staat nach dem anderen zum Opfer fiel, abzuwehren. Den spätestens seit Hegel tief im deutschen Denken verwurzelten hypertrophen Staats- und Gesellschaftsvorstellungen musste begegnet werden, der Rechtspositivismus Weimarer Prägung war gescheitert.

Höffner, der seine Lehrer als „energische Ablehner des nationalsozialistischen Systems“ stets in dankbarer Erinnerung behielt, war sich der zeithistorisch begründeten, geistig-moralischen und – bei vielen ihrer Gründerväter – religiösen Motive und Ursprünge der Sozialen Marktwirtschaft sehr bewusst.

Der Respekt vor der Würde des Menschen, sein Anspruch, das Leben nach den eigenen Maßstäben verantwortlich gestalten zu können, wird jenseits aller Ökonomie zum Kern des neuen freiheitlichen Wirtschaftsmodells und zum Fundament des zu schaffenden neuen freiheitlich-demokratischen Staatswesens – die zentrale Konsequenz aus den

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

FREIBURG

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
VORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

16. Juni 2007

www.kas.de

Erfahrungen im Nationalsozialismus. Sie wurde in den Gefängnissen, Konzentrationslagern, Luftschutzkellern und Gefangenenlagern, in den Widerstandskreisen in Deutschland und im Exil – nicht ohne den Einfluss christlich-sozialethischen Denkens – gezogen: Constantin von Dietze, Initiator des „Freiburger Konzils“ aus Professoren und Theologen, die der Bekennenden Kirche angehörten, Walter Eucken und Adolf Lampe, die Historiker Gerhard Ritter und Clemens Bauer, die Bekenntnispfarrer Otto Hof und Karl Dürr, um nur wenige Namen zu nennen.

Auf Veranlassung von Dietrich Bonhoeffer erstellt ein Arbeitskreis der „Freiburger“ im Herbst 1942 die Denkschrift „Politische Gemeinschaftsordnung“, die auf der Grundlage christlicher Ethik praktische Forderungen für eine neue staatliche Gemeinschaft formuliert. Ein anderer Freiburger Arbeitskreis – erweitert durch auswärtige Nationalökonominnen – die „Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath“, erstellt mehrere Gutachten zur Nachkriegswirtschaft, die Carl Friedrich Goerdeler und dem Kreisauer Kreis zur Verfügung gestellt werden.

Die Konzepte der christlich-reformatorischen „Freiburger“, nicht weniger die katholisch-sozialphilosophischen Vorstellungen der Jesuitenpadres Alfred Delp, Augustin Rösch und Lothar Körting – ich erinnere an Delps Prägung von der „dritten Idee“ zwischen Sozialismus und Kapitalismus – gehen ein in die Leitsätze des Kreisauer Kreises: „Maßgebend sind nicht die eigennützigen Interessen der Produzenten, sondern die wohlverstandenen, der jeweiligen Kaufkraft entsprechenden Bedürfnisse der Konsumenten. Sie können nur am freien Markt ermittelt werden. So weit der am Markt unter Mitwirkung eines volkswirtschaftlich orientierten, aber freien Handelns auszutragenden Leistungswettbewerbs und die darauf fußende Preisbildung zur Wahrnehmung der volkswirtschaftlichen Interessen nicht genügt, hat der Staat für die erforderliche Ergänzung zu sorgen.“

Freiheit auf dem Markt, Leistungswettbewerb, soziale Verantwortung, Aufgaben und Grenzen des Staates im Wirtschaftsleben –

die Wirtschaftsordnungspolitik kennzeichnet eine deutliche Kontinuitätslinie vom christlich motivierten Widerstand zur Nachkriegszeit und in die Bundesrepublik hinein. Diese Ansätze wurden in der Sozialen Marktwirtschaft Alfred Müller-Armacks und Ludwig Erhards zu unserem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnungsmodell ergänzt und vervollständigt.

Von der politische wie konfessionelle Grenzen überschreitenden Gemeinsamkeit in Verfolgung und Widerstand ging eine strukturierende Kraft aus. Höffner gehört zu denen, die in tiefer Kenntnis der in Freiburg entwickelten Grundhaltungen und Ideen Impulse für eine völlige Neubestimmung des staatlichen, gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens setzten.

Helmut Schmidt irrt, wenn er in seiner ansonsten bemerkenswerten Tübinger Ethik-Vorlesung vom 8. Mai 2007 enttäuscht meint, „dass die Kirchen nach 1945 weder eine Neubegründung der Moral leisten konnten, noch eine Neubegründung von Demokratie und Rechtsstaat.“ Genau das haben sie geleistet!

„Unser Grundrechtskatalog“ sei nicht auf christlichen oder auf anderen religiösen Lehren aufgebaut, sondern „allein auf dem einzigen in unserer Verfassung deutlich und klar ausgesprochenen Grundwert der ‚unantastbaren Würde‘ des Menschen.“ Mit Verlaub, genau dieser Grundwert ist der Kern der christlichen Lehre!

1945 wird Joseph Höffner Professor für Pastoraltheologie und Christliche Soziallehre am Priesterseminar in Trier. Trier wurde Teil des auf Befehl eines französischen Generals neu entstehenden Landes Rheinland-Pfalz. Auf Bitten von Adolf Süsterhenn, dem Vorsitzenden des Verfassungsausschusses und prägenden „Verfassungsvater“, hat Joseph Höffner an der Erarbeitung der Landesverfassung für Rheinland-Pfalz aktiv mitgewirkt. Er hat mir selbst eindrucksvoll davon berichtet.

Sie können alle Landesverfassungen durchgehen: In vielen finden sich zwar auch vielfältige Bezüge zu den Prinzipien der christli-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

FREIBURG

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
VORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A. D.

16. Juni 2007

www.kas.de

chen Soziallehre, aber keine öffnet sich dem naturrechtlichen Denken und insbesondere dem Subsidiaritätsprinzip mehr als die rheinland-pfälzische.

Die Verfassung enthält – Höffners Einfluss ist deutlich zu spüren – nicht nur Grund- und Freiheitsrechte der Bürger, sondern auch Grundpflichten: „Jeder Staatsbürger hat nach Maßgabe der Gesetze die Pflicht zur Übernahme von Ehrenämtern“ (Artikel 21, Absatz 1 und 2).

Man muss Geduld aufbringen, um nur in Auszügen einen Überblick darüber zu gewinnen, wie vielfältig Joseph Höffner Impulse für den Aufbauprozess unmittelbar nach dem Krieg setzte: 1946 entwirft er die Schrift „Kirche und Partei“, in der er eine „politische Einheitspartei“ der Christen nicht ausschließt. Er wird selbst Mitglied der CDU, hält aber am Grundsatz fest, dass Geistliche keine politischen Ämter übernehmen sollten.

Höffner war dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken über viele Jahre eng verbunden. Schon als Professor in Trier hat er an der Vorbereitung der Katholikentage von Bochum (1949) und Passau (1950) mitgewirkt. Den Katholikentag von Düsseldorf (1982) hat er selbst mit veranstaltet.

Von 1952 bis 1962 ist er Leiter des Sozialreferats des Zentralkomitees der deutschen Katholiken und beeinflusst maßgeblich die katholische Laienarbeit. Eine Fülle von Studien und Publikationen, die er selbst verfasst oder initiiert, entsteht.

Viele seiner Vorschläge – zur Einführung des Kindergelds, zu einer breit gestreuten Vermögensbildung, zum sozialen Wohnungsbau – werden aufgegriffen. An der Rentenreform 1957, der dynamischen Altersrente, an deren 50jähriges Bestehen trotz aller Schwierigkeiten zu Beginn dieses Jahres intensiver zu erinnern gewesen wäre, wirkt er entscheidend mit. Drei Bundesministerien versichern sich seines Sachverständnisses, in dem sie ihn – den damaligen Münsteraner Ordinarius und Direktor des Instituts für Christliche Sozialwissenschaft – in ihren wissenschaftlichen Beirat berufen.

Kein Zweifel, als Sozialwissenschaftler hat Joseph Höffner nach dem Zweiten Weltkrieg durch seinen klugen Rat und durch sein unterschiedenes Engagement entscheidend zum Aufbau der gesellschaftlichen und politischen Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland beigetragen.

Sein gesellschaftliches und politisches Engagement und sein späteres Wirken an der Spitze der Katholischen Kirche in Deutschland gehören zusammen. Joseph Höffner war immer Priester, aber ein gesellschaftswissenschaftlich und gesellschaftspolitisch denkender und agierender Priester.

Impulse für die Politik setzte er als Bischof von Münster und als Erzbischof von Köln, nur in anderer Form und mit anderer Autorität! Zahlreiche Hirtenbriefe, Verlautbarungen und Stellungnahmen, in denen die deutschen Bischöfe aus dem Geist der katholischen Soziallehre zu drängenden Fragen Stellung beziehen, gehen auf ihn zurück. Manche sind von erstaunlicher Aktualität. Ich zitiere das heftig diskutierte Wort der deutschen Bischöfe zur Bundestagswahl 1980: „Seit Jahren stehen wir in der Bundesrepublik Deutschland in der Gefahr, über unsere Verhältnisse zu leben und damit die Lebenschancen unserer Kinder zu belasten. Die Ausweitung der Staatstätigkeit, die damit verbundene Bürokratisierung und die gefährlich hohe Staatsverschuldung müssen korrigiert werden. Es ist ein Trugschluss zu meinen, der Staat könne alles, und insbesondere, er könne alles besser machen.“ Das Hirtenwort stammt von 1980, nicht von 2005!

Das Werk und die Persönlichkeit Joseph Höffners sind nach meiner Überzeugung heute bedeutsamer denn je. Wir haben Grund seiner zu gedenken, ihn uns zum Vorbild für heute zu nehmen. Die große Tradition der katholischen Soziallehre muss fortgeführt werden. Nur, so häufig man sich auch weiterhin auf sie beruft, sie ist in der politischen Diskussion bei weitem nicht mehr so präsent und wirkmächtig wie zu Zeiten der intellektuellen Grundlegung der Bundesrepublik Deutschland. Und das, obwohl die Zahl der Lehrstühle an deutschen Universitäten seitdem stark zugenommen

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

FREIBURG

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
VORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A. D.

16. Juni 2007

www.kas.de

hat – auf eine Vielzahl von Fakultäten und Fachbereichen verteilt.

Man kann die mit der nachkonziliaren Öffnung des Faches gewachsenen Spielräume begrüßen. Man kann sich zur notwendigen „Autonomie der Kultursachgebiete“ bekennen und den Pluralismus der Meinungen als Ausdruck der Forschungsfreiheit für zeitgemäß halten. Man muss es aber trotzdem bedauern, dass sich die Vielzahl der Professoren seit langem nicht mehr einheitlich oder gar gemeinsam aus der Sicht der christlichen Gesellschaftslehre zu neuen, globalen Herausforderungen unserer Tage geäußert hat. In der Tat: Die Strahlkraft der christlichen Soziallehre hat nachgelassen!

Das hat die Konrad-Adenauer-Stiftung veranlasst, vor einiger Zeit die Initiative zu ergreifen und einen Kreis von vierzehn herausragenden evangelischen und katholischen Sozialethikern zu einer intensiven kontinuierlichen Gesprächsführung einzuladen. Zu meinem Erstaunen begegneten sich einige von ihnen zum ersten Mal und lernten sich erst bei unserem Treffen kennen.

Und sie haben mich ein zweites Mal überrascht: In kurzer Zeit ist es dem Kreis gelungen, ein gemeinsames Dokument mit einer ökumenischen Aussage über das christliche Menschenbild vorzulegen: „Im Zentrum: Menschenwürde – politisches Handeln aus christlicher Verantwortung. Christliche Ethik als Orientierungshilfe“. Inzwischen ist der Text in die meisten Welt- und viele andere Sprachen übersetzt worden.

Das Grundsatzpapier unterbreitet keine Lösungsvorschläge für tagesaktuelle Fragestellungen, sondern legt von der Menschenwürde ausgehend Grundlagen politisch verantwortlichen Handelns offen und benennt Grundwerte, die in konkreten politischen Entscheidungssituationen Beachtung verdienen.

Was bedeutet Lebensrecht? Wann beginnt das Recht auf Leben, wann endet es? Wo sind dem Recht auf Selbstbestimmung Grenzen gesetzt? Eine entscheidende Frage, nicht zuletzt im Hinblick auf die Diskussio-

nen um Sterbehilfe und Sterbebegleitung. Was heißt Verantwortung für sich selbst und den Nächsten? Wann dürfen wir legitimerweise mit der Unterstützung durch die Gemeinschaft rechnen? Was darf die Gemeinschaft von uns erwarten? Was ist gerecht in der globalen Welt mit ihren gewaltigen sozialen Unterschieden? In einer Welt, die große Risiken, aber auch nie da gewesene Chancen eröffnet.

Die Autoren, unter ihnen dankenswerterweise die Initiatorin unserer Zusammenkunft, Frau Nothelle-Wildfeuer, und neben ihr Wilfried Härle, Eilert Herms, Wolfgang Ockenfels, Michael Schramm auch Alois Baumgärtner und Lothar Roos, Anton Rauscher und Manfred Spieker kommen zu dem Ergebnis, dass eine Partei, die sich auf das christliche Menschenbild beruft, wissen muss, „welche grundlegende und umfassende Bedeutung diesem Leitkonzept für alle Bereiche ihrer politischen Verantwortung zukommt, etwa für das Verhältnis der Kulturen und Religionen zueinander, für Religions- und Gewissensfreiheit, für Bioethik und Genforschung, für Wirtschafts- und Sozialpolitik, für Bildungs- und Erziehungspolitik.“

Aber das Dokument richtet sich nicht allein an diejenigen Parteien, die im christlichen Menschenbild die Grundlage ihrer Programmatik haben, sondern ist ein Angebot an alle, die sich darüber kundig machen wollen, inwieweit der christliche Glaube eine ethische Orientierungskraft auf politisches Handeln ausüben kann. Dabei bitte ich zu beachten: Allen mehr oder weniger klugen Bemerkungen zum Trotz erwägt die Partei, die sich schon seit ihrer Gründung stets auf das christliche Menschenbild berufen hat, nicht etwa diesen Bezug aus ihrem Programm zu streichen – im Gegenteil: So nachdrücklich und dezidiert hat sie sich noch in keinem Programm zu diesem Bild bekannt wie in dem jetzt erarbeiteten Entwurf. Und die Konkurrenz beruft sich erstmals an zentraler Stelle ebenfalls auf diese Wertgrundlage.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung will mit ihrer Initiative einen Anstoß dazu geben, dass auch andere gesellschaftliche Institutionen,

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

FREIBURG

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
VORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A. D.

16. Juni 2007

www.kas.de

die weltanschaulichen Voraussetzungen ihres Handelns freilegen, konkretisieren und neu hinterfragen. Es „könnte sich“, so schreibt der Mitautor unseres Grundsatzpapiers, der Heidelberger Professor Wilfried Härle, (in der Politischen Meinung), „für die politische Kultur als förderlich erweisen.“

Nichts ist heute dringlicher als Orientierung. Schon Alexis de Tocqueville warnte: „Die Barbaren sind die Einzigen, die in der Politik nur die Praxis kennen.“

Noch so sinnvolle Lösungsvorschläge für tagesaktuelle Fragen reichen langfristig nicht aus. Wenn Politik nur noch als Summe von Einzelentscheidungen erscheint und die dahinter stehende ordnungspolitische und ethische Grundorientierung nicht erkennbar und nicht nachvollziehbar wird, wirkt ihr Handeln beliebig und sie verliert Vertrauen.

In der Diskussion über die Zukunft unseres Sozialstaats standen einzelne Sanierungsziele im Vordergrund. Heute ist vielfach der Eindruck entstanden, die Reformen kämen einseitig den Interessen der Unternehmer zu Gute und dienten eher der Zurückdrängung als der Sicherung des Sozialstaats.

In Rostock ist in der vergangenen Woche teils gewalttätig demonstriert worden, weil Globalisierung von vielen als ein unethischer Prozess empfunden wird und sich moralischer Widerspruch erhebt, weil Menschen Angst vor der Globalisierung haben und sich scheuen, sich der Herausforderung zu stellen. Es bedarf ethisch-ordnungspolitischer Anstrengungen, um deutlich zu machen, warum und unter welchen Bedingungen auch in Zeiten der Globalisierung die Wirtschaft für den Menschen da ist und nicht umgekehrt der Mensch für die Wirtschaft, dass Globalisierung auch Chancen bietet. Globalisierung vollzieht sich, sich gegen sie zu wenden, gleicht einem Kampf gegen Windmühlen. Sie aktiv mit zu gestalten ist unser Auftrag.

Es fehlt Orientierung, es herrscht Begriffsverwirrung. Unreflektierte, bewusst oder unbewusst die Realität verzerrende moralische Beschwörungsformeln bestimmen die öffentliche Diskussion: der Begriff des Neo-

liberalismus zum Beispiel, der zur Zeit des Öfteren von Berufenen und Unberufenen im Munde geführt wird und von dem man gerade hier in Freiburg ganz genau weiß, er ist aller Ehren wert – 1938 geprägt auf einer Konferenz in Paris, an der Walter Eucken und der im Exil lebende Wilhelm Röpke teilnahmen, in der Zeit der Diktaturen verstanden als Gegenentwurf zu einer alle Freiheit und alle menschlichen Lebensbedürfnisse übergehenden, rücksichtslosen totalitären Industriepolitik. Neu an diesem Liberalismus ist ja gerade, dass er nicht mehr Laissez-Faire-Liberalismus meint, sondern Setzung verlässlicher Rahmenbedingungen für einen freien Markt, der die Entfaltung eines jeden – ohne jegliche Ausgrenzung – ermöglicht.

Der Begriff des Neoliberalismus wird heute missbräuchlich als politischer Schmähref verwendet.

Beide großen Volksparteien sollten sich darauf besinnen, auf welchen geistigen Fundamenten unser gesellschaftliches Ordnungsmodell, die Soziale Marktwirtschaft, gründet: auf dem Ordoliberalismus der Freiburger Schule und den Einflüssen der christlichen Gesellschaftslehre. Geschichtsphilosophische und wirtschaftsethische Blindheit führt zu falschen Ergebnissen. Eine Staatsvorstellung, bei der der Mensch nur mit seinen materiellen Bedürfnissen und nicht auch mit seiner individuellen Leistungsfähigkeit vor dem Staat kommt, bei der der Staat für den Einzelnen voraus denkt und weiß, was für ihn richtig und gut ist, entspricht nicht dem Menschen- und Gesellschaftsbild der Sozialen Marktwirtschaft.

Der Staat darf nicht in dem Sinne ein vorsorgender Staat sein, dass er den Menschen Vorschriften macht und Entscheidungen abnimmt, die sie selbst treffen können. Er soll dem Einzelnen den Weg frei machen für eine eigenverantwortliche Entwicklung und ihm die Chance eröffnen, gleichberechtigt am Wirtschaftsleben teilzunehmen und ihn dazu fördernd begleiten.

Wenn heute die großen sozialpolitischen Reformen der letzten Jahrzehnte neu bedacht werden müssen, dann um sie unter völlig veränderten Bedingungen, aber unter Be-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

FREIBURG

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
VORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

16. Juni 2007

www.kas.de

achtung der grundsätzlichen ordnungspolitischen Leitlinien zukunftsfähig zu machen.

Eine neue „zeitkritische Ordnungsreflexion“ (Eric Voegelin), wie sie Walter Eucken und andere geleistet haben, ist nötig, eine ernsthafte Besinnung auf die wertmäßigen Grundlagen des von ihnen entworfenen Ordnungsmodells – und dazu bedarf es der Soziallehre, katholisch wie evangelisch. Die Bewältigung der aktuellen, globalen Probleme verlangen nach neuen Impulsen der Christlichen Soziallehre.

Alfred Müller-Armack – von dem der Volkswirt Egon Tuchfeldt sagt, er sei in erster Linie Christ und erst in zweiter Linie Ökonom gewesen – hat bereits in den 1960er Jahren, als mit der Beseitigung des Mangels ein zentrales wirtschaftspolitisches Ziel erreicht war, eine zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft gefordert. Je erfolgreicher sich das maßgeblich von Ludwig Erhard und ihm verwirklichte Modell – „Wohlstand für alle!“, hohe Wachstumsraten, steigende soziale Absicherung – entwickelte, desto mehr bestand er darauf, dass es ein umfassendes gesellschaftliches Leitbild geben müsse. Wohlstand und soziale Sicherheit schaffen noch längst keine menschenwürdige Ordnung!

Alfred Müller-Armack – übrigens eine Weile auch Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung – nahm Auswüchse wahr und sah wie alle Appelle zum Maßhalten ungehört blieben. Von mehr Bürokratie und verschärften Gesetzen war nichts zu halten, weil sie Umgehungsstrategien fördern. Letztlich spiegelt sich in der Forderung nach einer zweiten Phase der Sozialen Marktwirtschaft die tiefe Überzeugung wider, dass eine freiheitliche Gesellschaftsordnung in den Sitten, also in der Moral, wurzelt.

Auch heute sind egoistische Auswüchse und Verantwortungslosigkeit allenthalben mit Händen zu greifen. Die Politik sieht sich in wachsendem Maße Ansprüchen machtvoller Interessengruppen gegenüber. Es mangelt an der Gesamtsicht auf den Einzelnen und sein Verhältnis zur Gesellschaft.

Es geht um die Verortung des Menschen in der Gesellschaft, um das rechte Verhältnis von Einzel- und gesellschaftlichen Interessen. Wie können wir neue Kräfte mobilisieren und welche Rahmenbedingungen müssen wir setzen, um Gemeinsinn zu stärken? Wo behindern unnötige Schranken die freie Entfaltung?

Und es geht um Abgrenzung von etatistischen, kommunitaristischen und kollektivistischen Gesellschaftsvorstellungen.

Nach welchen Leitlinien wollen wir das gesellschaftliche Zusammenleben der Menschen organisieren – heute mit der erweiterten Perspektive einer globalen Gemeinschaft. Wer meinte mit dem Ende des Ost-West-Gegensatzes seien Freiheit und Demokratie dauerhaft gesichert, sieht sich bitter getäuscht. 1989 war nicht das „Ende der Geschichte“ (Francis Fukujama) und nicht das Ende aller Heilslehren und Systemauseinandersetzungen. Die Ideen „Zum Ewigen Frieden“ (Kant) auf Erden bleiben vorerst weiterhin „ein philosophischer Entwurf“.

Die Herausforderung durch einen radikalen gewaltbereiten Islamismus, der durch Einwanderung in die westlichen Gesellschaften hineinreicht, bedarf einer Antwort. Wobei mir die Einsicht inzwischen unabweisbar zu sein scheint, dass ein purer weltanschaulicher Pluralismus nicht ausreicht, um eine Vorstellung von einem gewaltfreien Zusammenleben zu entwickeln. Es drängt die Frage, was wir im Dialog der Kulturen und Religionen für unverzichtbar halten und was nicht geschmälert werden darf. Wo liegen die Grenzen von Offenheit und Toleranz?

Vor wirtschaftsfeindlichen Ressentiment und Staatsgläubigkeit ist zu warnen – aber ebenso sehr vor der Gefahr einer auf das Kommerzielle und auf Effizienz reduzierten Weltanschauung. Sie ist mit den Verheißungen einer „global economy“ und neuer Märkte nicht geringer geworden. Es besteht Anlass deutlich zu machen, dass der Markt für uns allein instrumentellen Charakter besitzt. Wer dem Markt selbst eine ethische Qualität zuschreibt, geht fehl.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

FREIBURG

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
VORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

16. Juni 2007

www.kas.de

Die Soziale Marktwirtschaft basiert auf der Erkenntnis, dass sich eine freie Wirtschaft durch moralisch blinde Übertreibung ihres eigenen Prinzips selbst zerstört. Das freie Spiel der Kräfte reicht nicht aus! Erst recht nicht in einer globalisierten Welt.

Schon deshalb führen alle Thesen von der Dominanz einer entfesselten globalen Ökonomie über die Politik sowie über das Ende nationalstaatlicher Entscheidungen in die Irre. Wir brauchen keineswegs weniger politische Gestaltung. Was wir brauchen, ist eine vorausschauende, international kooperierende Politik, die sich konsequent ihrer eigentlichen Aufgabe widmet: der Gestaltung von – aus ihrem Werteverständnis abgeleiteten, die Würde des Menschen sichernden – internationalen Rahmenbedingungen. Rahmenbedingungen, die für alle, insbesondere für die armen Länder, faire Chancen auf Entfaltung zulassen.

Nach dem Epochenjahr 1989 waren wir Deutsche zunächst verständlicherweise viel mit uns selbst beschäftigt. Ein Gefühl für die Dringlichkeit der globalen, alle nationalen Grenzen überschreitenden Probleme ist zunächst nicht vorhanden gewesen. Nun sind viele vom Ausmaß der Herausforderungen erschreckt: wirtschaftliche Globalisierung, Armutsmigration, Klimaerwärmung, Umweltzerstörung und Ressourcenknappheit, Krankheiten wie die Immunschwäche AIDS, ein revolutionärer technologischer Fortschritt, der an neue ethische Grenzen stößt, der aber auch jedwede geographische Grenzen einzuebnen scheint – und dadurch kulturelle und mentale Bindungsverluste verursacht. Nicht unabhängig von all dem belasten uns eigene Schwierigkeiten: Arbeitslosigkeit, die Folgen der demographischen Entwicklung, die Überschuldung der öffentlichen Haushalte und vieles mehr.

Wir beginnen zu verstehen: Die Zäsur von 1989 markiert nicht nur den Zusammenbruch des Kommunismus, sondern den Anfang einer erst in Umrissen erkennbaren, neuen Welt. Im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts lohnt es sich, der schöpferisch-intellektuellen Pioniere der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Eucken und Röpke, von Nell-Breuning und Höffner zu

gedenken und ihren Einsichten und Beiträgen neue Beachtung zu schenken! Die ideologischen und geistigen Herausforderungen waren nicht geringer, die zu lösenden praktischen Probleme nur geographisch begrenzter.

Sie halfen der freiheitlichsten Gesellschaftsordnung Gestalt zu geben, die es auf deutschem Boden je gegeben hat – mit verbrieften Grundrechten, einer politischen Ordnung, die Schutz vor Willkür bietet und einer Wirtschaft, die nicht mehr allein den Gesetzen des Marktes gehorcht, sondern sozial gebunden ist.

Wir haben, wie Eucken und Höffner, nach Formen der Ordnung und des Friedens zu suchen, die den Entwicklungen von morgen standhalten. Dabei reicht es nicht zu fragen, welche Mechanismen damals zum Tragen kamen und wie sie erfolgreich umgesetzt wurden. Die geistige Substanz, aus denen diese Formen der Ordnung gewonnen wurden, und die ethischen Kräfte, die ihnen Wirksamkeit verliehen haben, sollten uns heute mindestens ebenso sehr interessieren.

Am Beginn des 21. Jahrhunderts ist es an der Zeit, darüber nachzudenken, warum man sich nach dem Irrweg in den Totalitarismus, ethischer, vor allem auch religiöser Vorstellungen erinnerte und warum man über alle konfessionellen, sozialen und politischen Trennlinien hinweg bei der christlichen Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftslehre Rat und Zuflucht suchte: Aus geistiger Leere lässt sich Neues nicht schöpfen, entsteht höchstens der Wunsch nach Stillstand, erwächst immer die Gefahr, dass alte und neue Ideologien die Leere füllen. Nur auf der Grundlage eines konsistenten, realistischen humanen Menschenbilds können Leitlinien für eine humane Gesellschaft von morgen entwickelt werden. Das gilt damals wie heute.

Erneuerung, die dem Menschen gerecht sein soll, eine „Globalisierung mit menschlichem Gesicht“ (Angela Merkel) brauchen die „Ordnungskraft des Glaubens“ – ein Wort des großen christlichen Modernisierers Jo-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

FREIBURG

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
VORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

16. Juni 2007

www.kas.de

seph Höffner –, braucht „Impulse der katholischen Soziallehre“.

Papst Benedikt XVI. hat es in seiner ersten Enzyklika *Deus caritas est* formuliert: „In einer schwierigen Situation, in der wir heute gerade auch durch die Globalisierung der Wirtschaft stehen, ist die Soziallehre zu einer grundlegenden Wegweisung geworden, die über die Kirche hinaus Orientierungen bietet.“

Die Christliche Soziallehre gehört am Beginn des 21. Jahrhunderts wieder mitten in die gesellschaftspolitische Auseinandersetzung, mitten in die Anstrengung, Antworten auf die offenen Fragen von heute und morgen zu finden. Ihre Stimme muss wieder mehr öffentliches Gehör finden. Auf Seiten der katholischen Soziallehre muss dazu die Erkenntnis wachsen, dass sich die berechnete Differenzierung des Faches und eine weitere Bündelung der katholischen Soziallehre an den Lehrstühlen nicht ausschließen, dass über alle Schulrichtungen und unterschiedlichen Methodenansätze hinweg das Bemühen um gemeinsame Lösungen eine berechnete Forderung darstellt. Umso besser, wenn gemeinsame Antworten auch über Konfessionsgrenzen hinweg gelingen: „Die Soziallehre ist ein fruchtbares Feld für den Dialog und die Zusammenarbeit im ökumenischen Bereich“, heißt es im Kompendium der Soziallehre der Kirche unter Ziffer 535.

Politische Entscheidungsträger müssen zu einem umfassenderen Verständnis von Politik zurückkehren. Die Herausforderungen von morgen verlangen nicht nur empirisch-analytischen Hintergrund und technisch kalkulatorisches Handeln, sondern auch sittliche Vernunft. Nicht immer sind Unternehmensberater die besten Ratgeber. Vor allem sollten sie nicht die Einzigen sein! Politische Entscheidungsprozesse in unserer modernen und technisierten Gesellschaft brauchen in wachsendem Maße fachkundige Politikberatung, und das heißt: ethisch fundierte Politikberatung.

Nur ein vertieftes Verständnis normativer Grundlagen führt letztlich auch zu zukunftsorientierter Politik. Prinzipien wie Personalität, Solidarität, Subsidiarität, Begriffe wie

das christliche Menschenbild und Werte wie Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit müssen klar gefasst und mit Blick auf die normativen Konflikte, zum Beispiel im Bereich der Arbeitsmarkt-, Forschungs- und Gesundheitspolitik präzisiert werden.

Nur mit einem Zusammenspiel von normativer Politikberatung und normativer Politik wird es gelingen, das Hauptproblem zu bewältigen, mit dem Politik in einer Welt des schnellen und fundamentalen Wandels konfrontiert ist: Dem immensen Vertrauensverlust der Bürgerinnen und Bürger in die Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit von Politik entgegen zu wirken! Auch wenn Max Weber nicht gerade als konfessionell orientierter Sozialethiker gilt, seine Grundvoraussetzungen für eine erfolgreich gestaltende Politik binden Politik und ethische Beratung gleichermaßen: Nur mit „Leidenschaft, Verantwortungsgefühl und Augenmaß“ wird es gelingen, die Menschen zu begeistern, ihr Vertrauen in die Politik wieder herzustellen und die Zukunft zu gewinnen.